

## „Alternativlose“ oder fundierte Entscheidungen?

Thomas Sternberg

Zum Unwort des Jahres wurde im vergangenen Jahr das Wort „alternativlos“ gewählt. Die Absicht, Angela Merkel damit zu treffen, die dieses Wort bei der Begründung für die Griechenland-Hilfe gebraucht hatte, wird nicht nur dadurch relativiert, dass sich die Kanzlerin in zahlreichen Initiativen um breite gesellschaftliche Debatten verdient gemacht hat. Vor allem aber ist die Verwendung des Wortes keineswegs an eine politische Richtung gebunden. Hannelore Kraft beispielsweise bezeichnete ihre fortgesetzte Verschuldungspolitik in Nordrhein-Westfalen als „alternativlos“. Zweifellos aber handelt es sich um einen problematischen Begriff. In der Begründung der Sprachkritiker hieß es, das Wort suggeriere sachlich unangemessen, dass es bei einem Entscheidungsprozess von vornherein keine Alternative und damit auch keine Notwendigkeit der Diskussion und Argumentation gäbe.

Die Frage der Abstimmungsbedürftigkeit von politischen Entscheidungen hat eine aktuelle Komponente bekommen in der vom Bundesverfassungsgericht entschiedenen Frage nach der Zustimmungsbedürftigkeit der Entscheidungen zum ESM-Vertrag und zum Fiskalpakt am 19. Juni und am 12. September. Der Präsident des Gerichtes, Andreas Voßkuhle, sagte am 19. Juni zur Begründung: „Die Unterrichtung muss dem Bundestag eine frühzeitige und effektive Einflussnahme auf die Willensbildung der Bundesregierung eröffnen und so erfolgen, dass das Parlament nicht in eine bloß nachvollziehende

Rolle gerät.“ Bundestagspräsident Norbert Lammert wurde in seinem Beharren auf der Bundestagsdebatte und -abstimmung bestätigt. In einem Interview am 19. August sagte er: „Vielleicht hat die Kritik an lästiger parlamentarischer Mitwirkung damit zu tun, dass die vom Verfassungsgericht erzwungene gesetzliche Grundlage für eine Beteiligung des Bundestages die Verhandlungsposition der Bundesregierung nicht schwächt, sondern stärkt. Es gibt ja nicht nur einen Verzögerungseffekt, sondern auch einen Stabilisierungseffekt, was die Akzeptanz der Ergebnisse betrifft.“ Sind Entscheidungen überhaupt notwendig und sinnvoll, wenn es keine Alternative zu den Schritten zu geben scheint?

### „Herrschaft der Sachzwänge“

Schon vor mehreren Jahrzehnten wurde eine Diskussion darüber geführt, ob politische Entscheidungen immer weniger möglich sind. Es handelte sich um eine durchaus kontrovers geführte Debatte, ob es eine logische Entwicklung zum „technischen“ Staat gebe. Behauptet wurde eine fast uneingeschränkte „Herrschaft der Sachzwänge“. Helmut Schelsky hat in seiner Variante der amerikanischen Technokratie-These bereits in den Sechzigerjahren beschrieben, wie Herrschaftsverhältnisse ihre Machtausübung von Menschen über Menschen verlernen. „Wir behaupten nun, dass durch die Konstruktion der wissenschaftlich-technischen Zivilisation ein neues Grundverhältnis von Mensch zu Mensch geschaffen wird, in

2. Ökumenischer Kirchentag am 16. Mai 2010 in München.

© picture-alliance/dpa, Fotograf: Andreas Gebert



welchem das Herrschaftsverhältnis seine alte persönliche Beziehung der Macht von Personen über Personen verliert, an die Stelle der politischen Normen und Gesetze aber Sachgesetzmäßigkeiten der wissenschaftlich-technischen Zivilisation treten, die nicht als politische Entscheidungen setzbar und als Gesinnungs- oder Weltanschauungen nicht verstehbar sind. Damit verliert auch die Idee der Demokratie sozusagen ihre klassische Substanz: An die Stelle des politischen Volkswillens tritt die Sachgesetzmäßigkeit, die der Mensch als Wissenschaft und Arbeit selbst produziert.“ Der Politiker weicht dieser Theorie nach zunehmend dem Experten. Politische und politisch zu verantwortende Entscheidungen treten hinter die sogenannten „Sachgesetzmäßigkeiten“ zurück.

Wenn sich sowohl der „Befehlende“ wie der „Gehorchende“ dem Sachzwang verpflichtet fühlen, sich an den funktionalen Vorschriften einer Sachgesetzmäßigkeit

orientieren, dann bedarf eine solche auf ein technokratisches Leitbild sich berufende Herrschaft auch keiner Rechtfertigung durch den Rückgriff auf gemeinsam verpflichtende Werte und Normen mehr. Jede Berufung auf eine Dimension jenseits des Nützlichen und des funktional Erforderlichen wurde in prominenten Schulen der politischen Philosophie als ideologischer Schein entlarvt. Politik und Herrschaft scheinen dann allein von Interessen, Interessen von Personen oder auch von Sachen gestützt zu sein.

### Bezug auf einen Staatszweck

In der Geschichte hat sich Herrschaft dagegen durch den Bezug auf einen übergreifenden, umfassend geglaubten Staatszweck, der über das nur Nützliche, den staatlichen Rechtsschutz oder seine Friedensgarantie hinauswies, legitimiert. Wenn solche allgemeinen Normen für staatliches Handeln und für „gerechte

Herrschaft“ auf Interessenskonsense und Sachgerechtigkeit reduziert werden, die im Wesentlichen auf die Sicherung von Leben, Glück und vor allem Eigentum basiert, dann ist das als Rechtfertigungsbasis moderner Herrschaft gefährlich schmal. Diese Grundlage ist in Erinnerung zu rufen angesichts einer politisch-ökonomischen Lage, die mit Rückschnitten und Verlusten umzugehen hat. Der Staat ist nach dem Konzept der „Alternativlosigkeit“ seiner ökonomisch und technisch begründeten Handlungen nicht mehr ein Garant sittlicher Normen, sondern nur noch ein technischer Dienstleistungsbetrieb.

Die CDU hat in ihrer Programmatik und Politik immer eine andere Fundierung gesucht. Sie ringt um klärende ethische Ortsbestimmungen, die aus vielen Gründen heute sehr viel schwieriger sind als in der Vergangenheit. Ausgangspunkt aller Überlegungen ist in allen Programmen das christliche Menschenbild. Die CDU ist die einzige Partei in Deutschland, die die Frage nach einem Menschenbild überhaupt als anthropologische Voraussetzung zu einer zentralen Frage ihrer Grundsatzprogrammatik macht. In den Programmen der anderen Parteien in Deutschland wird man vergeblich nach entsprechenden Grundsatzpositionen suchen. Die christlich-demokratische Bewegung bewahrt hier eine Tradition, die mit ihren Anfängen als einer dezidiert christlichen, ökumenischen Partei nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zusammenhängt.

## Orientierung für Christen wie Nichtchristen

Wenn sich eine Partei auf ein solches christliches Menschenbild und die daraus resultierenden Wertvorstellungen stützt, besagt das noch keineswegs, dass sie so etwas wie eine politische Kirche wäre oder eine Kirchenherrschaft über die Politik anstrebte. Im Kern geht es um die

Überzeugung, dass es keinen wertneutralen Staat geben kann, auch wenn es ihm um die Reduzierung auf bloß monetären Wohlstand einer möglichst großen Zahl ginge.

Das Parteiprogramm der CDU von 1978 sagt, wie solch eine identitätsstiftende Grundüberzeugung aussehen kann. „Aus christlichem Glauben lässt sich kein politisches Programm ableiten. Aber er gibt uns mit seinem Verständnis vom Menschen eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Auf dieser Grundlage ist gemeinsames Handeln von Christen und Nichtchristen möglich.“ Insbesondere in einer Zeit, in der die Parteiprogrammatiken aller Parteien merkwürdig ineinanderzuffließen scheinen, ist die Orientierung an einem christlichen Menschenbild wichtig und kann geradezu eine Partei attraktiv machen für Christen wie Nichtchristen.

## Ökumenischer Charakter als Gründungsimpuls

Eine solche Orientierung an christlichen Positionen ist keineswegs konfessionell. Der ökumenische Charakter der CDU ist einer ihrer wesentlichen Gründungsimpulse. Zur Kommunalwahl im Oktober 1946 warb die CDU in Nordrhein-Westfalen mit einem Plakat mit der Aufschrift: „Die Einheit der Christen gegen die rote Flut“, und bei der neuerlichen Kommunalwahl zwei Jahre später lautete der Slogan: „Die UNION. Die Sammlung aller Christen auf der politischen Ebene.“ Ein anderes Plakat des erwähnten Wahlkampfes 1946 formulierte: „Die Christlich-Demokratische Union will die politische Arbeit aus der Enge konfessioneller Abschnürung [...] herausheben.“

Aus der Ablösung der früheren katholischen Partei, des „Zentrum“, durch die CDU resultiert bis heute eine größere Zahl von Katholiken unter ihren Mitgliedern. Sie machen gegenwärtig etwa die Hälfte ihrer Mitglieder aus, evangelische Chris-

ten etwa ein Drittel. Der EAK hat seine Legitimation immer in dieser leichten konfessionellen Schiefelage gehabt und trägt seit Langem zum Ausgleich von konfessionellen Unterschieden bei. Diese sind allerdings seit vielen Jahren kaum noch erkennbar. Die politischen Überzeugungen von aktiven Mitgliedern der beiden großen Kirchen in Deutschland haben sich sehr angenähert, was sich nicht zuletzt in gemeinsamen Erklärungen der Konfessionen zeigt. Ein solches Zusammengehen ist allerdings auch geboten, denn angesichts einer konfessionellen Situation, in der in Deutschland nur noch 30,5 Prozent der Bürger katholisch, 29,5 Prozent evangelisch und 40 Prozent an eine andere christliche Kirche, eine andere Religion oder überhaupt nicht religiös gebunden sind, mehr als dringlich, um eine Mehrheit der Bevölkerung vertreten zu können.

### Konkrete Rückbindung statt rhetorischer Übungen

Kehren wir zurück zu unseren anfänglichen Überlegungen: Wie können wir verdeutlichen, dass Grundsatzprogramme viel mehr sind als rhetorische Übungen? Wie können die alltäglichen politischen Entscheidungen sichtbarer an die Grundsatzprogrammatisierung unserer CDU rückgebunden werden? Vielleicht ist es das, was nicht wenigen Mitgliedern das Unbehagen vermittelt, zwar eine mehr als funktionierende, ja gute Politik zu erleben, aber die konkrete Rückbindung vermissen, wo diese oder jene Richtungsentscheidung in dem verankert ist, was die CDU als Partei

ausmacht. Der „Kompass“, ein Kernbegriff in der Grundsatzrede der Vorsitzenden Angela Merkel beim Parteitag 2011, muss gerade auch bei komplizierten Entscheidungen deutlich werden.

Für die Debatte um solche christliche Fundierung der Politik der CDU wurde vor einiger Zeit ein Blog gegründet, der ein Forum bieten soll. „Christen, engagiert in Kirche, Staat und Gesellschaft, denen die politische Gestaltung unserer Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung ein besonderes Anliegen ist, haben sich zu der Internet-Initiative <http://www.kreuz-und-quer.de> zusammengefunden. Der Kreis fühlt sich dem Ziel verpflichtet, lokal und global, im Staat und in der Staatengemeinschaft, für eine politische Ordnung einzutreten, in der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht werden können“, so heißt es in der Beschreibung des Selbstverständnisses auf der Website. Die Initiative will einen Beitrag dazu leisten, dass zu wichtigen politischen Fragen christlicher Weltverantwortung öffentliche Meinung auf breiter Basis gebildet wird.

Aus der die Union einenden Überzeugung heraus, dass Politik nicht allein technisch bestimmt ist, gilt es, die Bedeutung der christlichen Grundlagen der Partei, wie sie in ihrer Programmatik formuliert wurden, für praktische Politik deutlich hervorzuheben und den Kompass der CDU gut justiert zu halten. Es ist eine Aufgabe, die nicht allein auf den Schultern der Parteiführung liegt, sondern alle Parteimitglieder zu Engagement und Mitwirkung verpflichtet.